

DIE LINKE

Landesverband Sachsen

Änderungsanträge Leitantrag Bundesparteitag 2011 (Programmentwurf) – Nachhaltige Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschluss aus der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden der LINKEN Sachsen sowie dem Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag (gemäß Landessatzung § 31 Absatz 2) und den Bundesparteitagsdelegierten der LINKEN Sachsen vom 27. August 2011

Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden, Fraktionsvorstand der LINKEN Sachsen (Landessatzung § 31 Absatz 2) und den Bundesparteitagsdelegierten der LINKEN Sachsen reicht diese Anträge als Änderungsanträge an den Bundesparteitag ein:

Der Bundesparteitag vom 21. – 23. Oktober 2011 in Erfurt möge die folgenden Änderungen zum Leitantrag zum Programm DIE LINKE beschließen:

1. Den nachfolgenden Text alt in Zeilen 1438 - 1442:

„Die agrarwirtschaftliche Primärproduktion gehört zu den Schlüsselbereichen beim sozial-ökologischen Umbau und zur Sicherung der Ernährungssouveränität. Sie muss durch nachhaltige Produktionsmethoden und -verfahren die Nachfrage nach Rohstoffen für sichere, gesunde Lebens- und Futtermittel sowie Biomasse zur energetischen und stofflichen Nutzung decken.“

wie folgt ergänzen, umstellen und überarbeiten (Änderungen fett markiert):

*„Die ~~agrarwirtschaftliche Primärproduktion~~ **regionale Erzeugung von Nahrungsmitteln** gehört zu den Schlüsselbereichen beim sozial-ökologischen Umbau und zur Sicherung der Ernährungssouveränität. ~~Sie muss durch nachhaltige Produktionsmethoden und -verfahren~~ **Durch die Agrarbetriebe ist** die Nachfrage nach Rohstoffen für sichere, gesunde Lebens- und Futtermittel sowie Biomasse zur energetischen und stofflichen Nutzung **zu** decken.“*

2. Einfügung in Zeile 1445 und Anpassung des drauffolgenden Satzes (Einfügungen und Umstellungen fett markiert):

*„**Deshalb fordern wir eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und ein umweltverträgliches Wirtschaften aller Landeswirtschaftsbetriebe, so dass perspektivisch alle Nahrungsmittel nachhaltig hergestellt werden. Das erfordert einen sinkenden** Damit kann der Aufwand an Agrochemikalien, synthetischen Düngemitteln, Wasser und Energie **gesenkt werden.**“*

3. Einfügung nach Zeile 1448:

*„**Auf europäischer Ebene fordern wir die Vergabe von Fördermitteln an ökologische und soziale Kriterien zu binden. Exportsubventionen für Überproduktion landwirtschaftlicher Güter lehnen wir ab.** Wir setzen uns für artgemäße Haltung von Tieren ein. Ebenso befürworten wir eine Steuerfreigabe von Biokraftstoffen. Die Agro-Gentechnik lehnen wir aufgrund unkalkulierbarer Risiken ab.“*

4. Den nachfolgenden Text alt in Zeilen 1449 – 1453:

„Wir wollen nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe, genossenschaftliche und kommunale Betriebe stärken und einer Konzentration privaten Grundeigentums entgegenwirken, die Errungenschaften der Bodenreform verteidigen und vielfältige Formen überbetrieblicher, regionaler und überregionaler Zusammenarbeit der Primärproduzenten unterstützen.“

wie folgt ergänzen bzw. ändern:

*„Wir wollen nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe, genossenschaftliche und kommunale Betriebe stärken und einer Konzentration privaten Grundeigentums entgegenwirken, die Errungenschaften der Bodenreform verteidigen und vielfältige Formen überbetrieblicher, regionaler **und überregionaler** Zusammenarbeit der **Primärproduzenten Agrar- und Nahrungsmittelbetriebe** unterstützen.“*

Begründung:

1. Im bisherigen Entwurf wurde sich an zwei Stellen zur Agrarproduktion geäußert, und zum Teil widersprechend (Ökologischer Landbau). Mit dem Antrag werden diese Aussagen an dieser Stelle zusammengefügt und die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten beseitigt.
2. Verstärkt wurde der Einfluss der EU auf die Landwirtschaft deutlich gemacht und unsere Forderungen dazu.
3. Der Zusammenhang zwischen regionaler Agrarproduktion und regionaler Nahrungsgüterproduktion als Schwerpunkt der Entwicklung im ländlichen Raum wurde verstärkt.

F.d.R.

Dresden, 7. September 2011



Antje Feiks,
Landesgeschäftsführerin